

# Antrag auf Aufnahme als freiwilliges Mitglied

**RZVK des Saarlandes  
Zusatzversorgungskasse  
Fritz-Dobisch-Str. 12  
66111 Saarbrücken**

Arbeitgeber		
Name bzw. Bezeichnung		
Straße/Hausnummer	Postleitzahl	Ort
E-Mail-Adresse	Telefon (freiwillig Angabe)	Telefax

## ABRECHNUNGSVERBAND I

## ABRECHNUNGSVERBAND II

Der/Die/Das

(Stadt, Gemeinde, Zweckverband oder sonstiger Arbeitgeber)

beantragt (§§ 11 ff der Satzung der ZVK; im folgenden ZVKS) auf Grund des Beschlusses<sup>1)</sup> des

(Stadt-, Gemeinderat oder sonstiges ggf. zuständiges Beschlussorgan)

zum Zwecke der zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung seiner/  
ihrer Beschäftigten die Aufnahme in die Zusatzversorgungskasse des Saarlandes mit Wirkung vom<sup>2)</sup>

Beglaubigte Abschrift des Beschlusses des zuständigen Organs<sup>1)</sup> liegt bei.

Die Arbeitsverträge zwischen dem Arbeitgeber und jedem einzelnen versicherungspflichtigen Beschäftigten wurden, soweit für sie der Tarifvertrag Altersversorgung - ATV - nicht gilt, entsprechend dem Vorschlag der ZVK<sup>3)</sup> ergänzt. Bei später eintretenden versicherungspflichtigen Beschäftigten, für die der ATV nicht gilt, wird die Teilnahme an der Zusatzversorgung entsprechend dem Vorschlag der ZVK<sup>3)</sup> vereinbart werden (§ 19 Abs. 1 Buchst. k ZVKS).

Der/Die Antragsteller/in beschäftigte bzw. beschäftigt seit dem beantragten Zeitpunkt des Beginns der Mitgliedschaft Beschäftigte/keine Beschäftigte<sup>4)</sup>, die von einem oder mehreren Rechtsvorgängern unmittelbar übernommen wurden.

Bezeichnung und Anschrift des Rechtsvorgängers	Zeitpunkt des Rechtsüberganges	Bezeichnung und Fundstelle der Rechtsgrundlage

Anzahl der derzeit versicherungspflichtigen Beschäftigten \_\_\_\_\_

Entsprechende Unterlagen (z.B. Satzung, Gesellschaftsvertrag, Eintragung ins Handelsregister, Personalüberleitungsvertrag, Mitgliedschaft im KAV Saar e.V. usw.) sind diesem Antrag in Kopie beigelegt.

Es wird hiermit die Anwendung des Tarifrechts des Landes oder der Gemeinden bestätigt (z.B. TVöD, TV-L, TV-V).

Es wird hiermit die Anwendung des Tarifrechts wesentlich gleichen Inhalts im Sinne des Tarifrechts des Landes o. der Gemeinden bestätigt; Name des Tarifvertrages (Kopie bitte beifügen):

## Anmerkungen

- 1) Vorschlag der ZVK für den Wortlaut des Beschlusses des zuständigen Beschlussorgans:

"Der/Die

Bezeichnung des Arbeitgebers

beantragt, zum Zwecke der zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung ihrer/seiner Beschäftigten mit Wirkung vom

als freiwilliges Mitglied in die Zusatzversorgungskasse des Saarlandes aufgenommen zu werden."

Die Namen der bei der Kasse zu versichernden Beschäftigten dürfen in dem Beschluss nicht aufgeführt sein.

- 2) Die ZVK weist besonders darauf hin, dass der Beitritt von dem Zeitpunkt an erfolgen muss, ab dem Beschäftigte beschäftigt wurden, die auf Grund Tarifrechts (z. B. vgl. § 25 TVöD) oder einzelarbeitsvertraglicher Regelung einen Anspruch auf Zusatzversorgung haben. Durch einen Beitritt erst zu einem späteren Zeitpunkt würde der Arbeitgeber seine arbeitsrechtliche Verpflichtung zur Verschaffung einer Zusatzversorgung nicht rechtzeitig erfüllen. Eine nachträgliche Rückverlegung des einmal gewählten Mitgliedschaftsbeginns nach Begründung der Mitgliedschaft ist nicht möglich!

- 3) Vorschlag der ZVK für die Ergänzung der Arbeitsverträge der versicherungspflichtigen Beschäftigten, auf welche der ATV keine Anwendung findet:

"Der/die Beschäftigte hat Anspruch auf Versicherung unter eigener Beteiligung zum Zwecke einer zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrages über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung-ATV) in der jeweils geltenden Fassung.

Für die Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse sind die jeweils gültigen Vorschriften der Satzung dieser Kasse maßgebend."

- 4) Nichtzutreffendes bitte streichen.  
Eine zutreffende Angabe ist unbedingt erforderlich, da Zeiten einer Beschäftigung bei einem Rechtsvorgänger bei einer Rentenfestsetzung unter bestimmten Voraussetzungen zu berücksichtigen sind.

- 5) Der Aufnahmeantrag ist von der (den) vertretungsberechtigten Person(en) zu unterzeichnen.

Ort, Datum	Amts-(Funktions-)bezeichnung und Name / Siegel <sup>5)</sup>
------------	--

18. Jul 2025

Datei: